

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

24. April 1947

Blatt 460

## Bürgermeister Körner dankt für die Sammlung zu Gunsten ===== der Armen Wiens. =====

Nach dem Abschluß der Hausammlung für die Armen Wiens, die, wie schon jetzt festgestellt werden kann, erfolgreich war, dankte Bürgermeister General Dr.h.c. Körner durch nachstehenden Aufruf:

Männer und Frauen von Wien!

Die nach langer Unterbrechung wieder abgehaltene öffentliche Sammlung zu Gunsten der Armen Wiens ist beendet. Mein Ruf, den Bedürftigsten unter uns zu Hilfe zu kommen, ist nicht ungehört geblieben.

Allen, die mit einer Spende ihr Verständnis für das Los der Notleidenden bewiesen haben, sowie jenen, die sich um das Sammelwerk bemühten, vor allem den Hauswarten, die sich uneigennützig in den Dienst der guten Sache gestellt haben, sowie den nimmermüden ehrenamtlichen Fürsorgeräten, spreche ich meinen herzlichsten Dank und den Dank der Stadt Wien aus!

Körner e.h.  
Bürgermeister

## Finanzsorgen der Länder und Gemeinden =====

Von Montag bis Mittwoch tagte in Salzburg unter dem Vorsitz des Landeshauptmannstellvertreters Dr. Schemel eine Konferenz der Finanzreferenten aus allen Bundesländern, an der auch eine Abordnung des Städtebundes teilnahm. Zur Beratung standen zwei Gesetzentwürfe über die Verteilung der Besteuerungsrechte und der Ab-

gabenerträge. Der Wiener Finanzreferent, Stadtrat Honey, referierte über den vom Land Wien ausgearbeiteten Entwurf. Oberregierungsrat Dr. Schneider begründete einen Entwurf der Vorarlberger Landesregierung, der im Gegensatz zum Wiener Entwurf die Steuerrechte der Gemeinden stark einschränkt und auch den Anteil Wiens an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben wesentlich kürzen würde. Da in der Konferenz eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurden beide Vorlagen einem Unterausschuß zur Beratung zugewiesen, in den als Ländervvertreter Landesrat Horvatek (Steiermark), Ob.Reg. Rat Dr. Schneider (Vorarlberg), Dr. Holzfoind (Niederösterreich) und als Städtevertreter Stadtrat Honey (Wien), Bürgermeister Dr. Melzer (Innsbruck) und Vicebürgermeister Aust (Graz) entsendet wurden. In längeren Verhandlungen wurde in dieser Körperschaft eine Einigung erzielt und am Mittwoch ein neues Abgabenteilungsgesetz der Konferenz vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf wird nun den Landesregierungen und dem Städtebund übermittelt. Von deren Stellungnahme wird es abhängen, ob mit dem Bundesminister für Finanzen Verhandlungen über diesen Entwurf aufgenommen werden sollen. Da Ende 1947 das gegenwärtige Provisorium der Finanzaufweisungen des Bundes an Länder und Gemeinden durch ein neues Abgabenteilungsgesetz abgelöst werden muß, wird in kürzester Zeit eine Entscheidung getroffen werden müssen.

#### Eine Ausstellung österreichischer Künstler in Stockholm

Eine Ausstellung österreichischer Künstler, die von der "Gesellschaft bildender Künstler Wiens", dem "Künstlerhaus" und der "Secession" veranstaltet wurde und unter dem Ehrenschutz der Künstlervereinigung "Konstnargillet" stand, gestaltete sich zu einem großen Erfolg. Mit großer Hingabe haben sich die schwedischen Stellen um ihr Zustandekommen bemüht. In den schwedischen Zeitungen erschienen ausführliche Berichte, die Ausstellung wurde in einem Radiovortrag besprochen und die Eröffnungsfeier gefilmt. Das große Interesse, das diese Ausstellung hervorrief, erstreckte sich auch auf das schwedische Königshaus. Die Bedeutung, die dieser repräsentativen Veranstaltung zukommt, liegt darin, daß österreichische Künstler durch ihre Werke in Schweden Freunde gewonnen und zum Ansehen Österreichs im Auslande beigetragen haben.

Um das Zustandekommen der Ausstellung haben sich insbesondere der Kaplan J. Egger des schwedischen Caritasverbandes, der österreichische Ingenieur Hortenaus, der Maler Edv. Berggren, der Opernregisseur Hyllen Cavallius, Ing. Christen und Direktor Hils Bonde Adler verdient gemacht.

### Dänische Kinderausspeisung

Ab 5. Mai wird der Bezirk Schwechat in die Dänische Ausspeisung für Kleinkinder einbezogen.

Teilnahmeberechtigt sind alle Kinder, die zwischen dem 1.6.1940 und 1.5.1944 geboren sind. Anmeldung am Freitag, den 25. 4.1947, und Samstag, den 26.4.1947, von 8 bis 13 Uhr, in den Ortsvorstellungen: Schwechat, Rannersdorf, Mannswörth, Fischamend, Kledering, Leopoldsdorf, Schwadorf, Ober-, Unter- und Maria-Lanzenorf, Himberg, Mannersdorf, Klein-Neusiedl, Ebergassing, Moosbrunn, Zwölfaxing und Gramatneusiedl.

Zur Anmeldung sind mitzubringen: Meldezettel, Geburtschein und die Lebensmittelkarte der laufenden Kartenperiode des Kindes.

### Vorbereitung einer Sauerkrautausgabe

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Für eine geplante Verteilung von einem Viertel Kilogramm slowakisches Sauerkraut für jeden Verbraucher haben die Kleinhändler die Abschnitte 1 und 101 der neuen Gemüseeinkaufscheine aufzukleben und sich eine Lieferzusage zu besorgen. Die Bezugsbestätigungen werden in Wien 6., Linke Wienzeile 36 am Montag, den 28. ds. für die Bezirke 1 bis 9, am 29. ds. für die Bezirke 10 bis 16 und am 30. ds. für die Bezirke 17 bis 21 und Neuj-Wien ausgegeben.

Bedarfsanmeldung für Fleisch und Schmalz

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Fleischhauer haben ihre Bedarfsanmeldungen für die 27. Versorgungsperiode bis längstens 10. Mai ihrem Großhändler zu übergeben. Die Zweitschrift der Bedarfsanmeldung mit den Rayonierungsabschnitten ist wie bisher bei der Verrechnungsstelle abzugeben. Die Großhändler melden die Bedarfssummen unter Benützung der hierfür aufgelegten Drucksorte am Dienstag, den 13. Mai dem Landesernährungsamt 1., Strauchgasse 1, II. Stock, Zimmer 95, wo sie auch die Meldformulare beziehen können.

Lagerbestandsaufnahme in allen Lebensmittelbetrieben

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Alle Lebensmittel-Groß- und Kleinbetriebe sowie Fleisch-abgabestellen in Wien haben mit dem Stichtag Sonntag, den 27. April eine Inventur durchzuführen. Es sind alle Lebensmittel zu melden, die sich in den Betriebsräumen befinden. Der Stand an Fleisch und Wurst ist getrennt anzugeben. Bäcker und Brotfabriken haben auch die Salzbestände anzugeben. Specklager sind als solche zu bezeichnen.

In der Warenstendmeldung der Kleinbetriebe sind die Großhändler zu verzeichnen, von denen die Waren bezogen werden. Die Lagermeldung ist in dreifacher Ausfertigung am Montag, den 28. ds. bis 12 Uhr mittag bei der Marktamsabteilung einzureichen. Eine Ausfertigung der Meldung wird zurückgestellt. Diese ist so rasch als möglich an den Großhändler weiterzugeben. Auch Leermeldungen sind zu erstatten.

Nichtbefolgung oder unrichtige Angaben werden bestraft. Drucksorten sind in den Marktamsabteilungen erhältlich.

Sitzung des Gemeinderates

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters General Dr.h.c. Körner trat der Gemeinderat heute um 17 Uhr zu einer Geschäfts-sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen 19 Geschäftsstücke, die ohne Debatte vom Gemeinderat zum Beschluß erhoben wurden. Von dieser umfangreichen Tagesordnung sind folgende Gegenstände von besonderem Interesse:

Der erste periodische Bericht des Finanzreferenten über die im Jahre 1947 erfolgten Überschreitungen des Voranschlages. Bei diesen handelt es sich hauptsächlich um die Behebung von Kriegsschäden an Amtsgebäuden, Schulen, Wohlfahrts- und Krankenanstalten, Straßen, Gärten und Anlagen der Wasserversorgung.

Einer der wichtigsten Beschlüsse der heutigen Sitzung betrifft die Erhöhung der Pflegegelder für jene Pflegekinder der Stadt Wien, die auf privaten Pflegeplätzen versorgt sind. Die Pflegegelder werden mit Wirksamkeit vom 1. April 1947 für in Wien befindliche Pflegekinder unter 14 Jahren auf 48 Schilling, über 14 Jahren auf 60 Schilling, für außerhalb Wiens in Pflege befindlichen Pflegekinder unter 14 Jahren auf 36 Schilling und über 14 Jahren auf 54 Schilling monatlich erhöht. Für schwer erziehbare Pflegekinder beträgt der neue Pflegebeitrag 54 Schilling, wenn das Kind unter 14 Jahre alt ist und 72 Schilling wenn es älter als 14 Jahre ist. Durch diese Erhöhung der Pflegegelder tritt ein Mehrerfordernis von 225.000 Schilling gegenüber dem Ansatz des Voranschlages mit 1 Million Schilling ein.

Ein weiterer Gegenstand der Tagesordnung betrifft die Kosten der Schuttabfuhr in den Jahren 1945 und 1946. Der Beschluß des Gemeinderates eröffnet einen Kredit für 1946 in der Höhe von 6 Millionen Schilling zur Bedeckung dieser Ausgaben.

Subventionen der Gemeinde Wien wurden durch den Beschluß der heutigen Gemeinderatesitzung genehmigt: Für den Arbeiter-Abstinentenbund 4.000 S; für den Kreuzbund Österreichs, der gleichfalls Antialkohol-Propaganda betreibt, 2.000 S; für den Bund für alkoholfreie Jugenderziehung 500 S; für den Verein "Settlement" 2.000 S; für die österreichische Krebsgesellschaft zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheiten 1.000 S, für den Fischerei-

Revierausschuß II 5.000 S; für die Sektion Bühnengehörige der Gewerkschaft der Angestellten der freien Berufe im Österreichischen Gewerkschaftsbund 5.000 S.

Ein weiterer Beschluß des Gemeinderates stellt die Gebühren für Beerdigungen und Gräberausschmückung in den städtischen Friedhöfen und in der Feuerhalle wie sie vor der Einführung der Markwährung bestanden haben, wieder her.

Zur Freimachung der durch den Südwest-Friedhof führenden Wandtgasse wird der in diesen Straßenzug fallende Teil des Südwest-Friedhof aufgelassen.

Die übrigen Posten der Tagesordnung betreffen die Festsetzung bzw. Abänderung von Flächenwidnungs- und Bebauungsplänen in 19., 24. und 26. Bezirk sowie in Lainzer Tiergarten, wo durch diesen Gemeinderatsbeschluß Baugründe für die Errichtung eines Schulgebäudes, einer Turnhalle und anderer dem Allgemeinwohl der Bewohner des Lainzer Tiergartens dienende Einrichtungen gewidmet werden; den Verkauf einer Grundstücksteilfläche in Schwechat an die "Kiba", Kinobetriebs-, Filmverleih- und Filmproduktions-Gesellschaft m.b.H., einem Unternehmen, an dem die Gemeinde maßgeblich beteiligt ist und schließlich den Abschluß eines Mietvertrages mit dem Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung über die von der Gemeinde Wien als Garage gemieteten Baulichkeiten der ehemaligen Luftwaffe am Königberg in Hietzing.

Im Einlauf des Gemeinderates befand sich folgender Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Maller und Genossen (KPÖ).

"Die herrschende Wohnungsnot und der Zustand der großen Anzahl der durch Kriegseinwirkung beschädigten Wohnhäuser ist die drückendste Sorge der Wiener Bevölkerung.

Diese erwartet mit Recht, daß die Gemeindeverwaltung den Wiederaufbau und Neubau der Wohnungen als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet.

Eine außerordentliche Anspannung und Konzentration aller Kräfte ist notwendig, um die gigantische Aufgabe die sich daraus ergibt, zu erfüllen.

Davon ausgehend, hat die kommunistische Gemeinderatsfraktion zusammen mit einer Gruppe von Berufachleuten ein neues Wiener Wohnbauprogramm ausgearbeitet, durch das es möglich ist in drei Bauperioden 30.000 beschädigte Wohnungen wieder instandzusetzen und bis zum Jahre 1951 also in vier Jahren in Wien 40.000 Wohnungen neu zu bauen.

Das von uns vorgelegte Wohnbauprogramm beinhaltet die Sicherung der nötigen Bauarbeiter, der notwendigen Baustoffe und der dazu erforderlichen Geldmittel.

Das Programm sieht vor, daß die Wohnungen nach modernen sozial-hygienischen Gesichtspunkten durch die Gemeinde Wien gebaut und zu Mietzinsen vermietet werden, die für die breite Masse erschwinglich sind.

Die sofortige Beschlußfassung des vorgeschlagenen Bauprogramms und die unverzügliche Inangriffnahme seiner Durchführung sichert bis zum Jahre 1951 jeden Wiener Haushalt seine eigene Wohnung. Die Einzelheiten des Wohnbauprogramms sind aus dem beigefügten Exposé zu ersuchen.

Gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien stellen wir daher folgenden

#### A n t r a g :

Der Gemeinderat beauftragt den Gemeinderatsausschuß für das Bauwesen, unverzüglich in die Beratungen über das vorgeschlagene Programm der Errichtung von 40.000 neuen Wohnungen und der Reparatur von 30.000 unbewohnbar gewordenen Wohnungen einzugehen und gemeinsam mit dem Gemeinderatsausschuß für baubehördliche und technische Angelegenheiten und dem Gemeinderatsausschuß für Finanzwesen die notwendigen Beschlüsse zu fassen, die zu seiner Durchführung erforderlich sind.

Der Gemeinderat erwartet, um noch in der heurigen Bausaison mit der Verwirklichung des Wohnbauprogrammes beginnen zu können, binnen kurzen einen Bericht".

Zur Begründung der Dringlichkeit dieses Antrages erklärte GR. Maller (KPÖ), daß es sich bei diesem Antrag um die Lösung des dringendsten Problems der Wiener Bevölkerung handelt. Diese erwartet mit Recht, daß die Gemeindeverwaltung den Wiederaufbau und den Neubau von Wohnungen als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet. Eine Gruppe von Baufachleuten hätte ein neues Wohnbauprogramm ausgearbeitet, durch das es möglich ist, in drei Bauperioden 30.000 beschädigte Wohnungen wieder instandzusetzen und bis zum Jahre 1951 40.000 Wohnungen neu zu bauen.

Da es der Wunsch von hunderttausenden Wienern ist, dass die Ruinen verschwinden und das Wohnungselend endlich beseitigt wird, ist anzunehmen, dass ein solcher Antrag, wie der vorliegende, im Wiener Gemeinderat keiner besonderen Begründung bedarf. Schon von 1947 auf 1948 könnten 6.000 Wohnungen, davon die Hälfte Siedlungs- und die Hälfte Hochbauhäuser, neu gebaut und 10.000 Wohnungen repariert werden. Das Wohnungsamt könnte damit in einer Bauperiode über 16.000 Wohnungen verfügen. Es wäre weniger wichtig, von welcher Seite die Initiative zu einem solchen Antrag ausgeht, wichtig ist, dass alle Vorkehrungen getroffen werden, dass bis zum Jahre 1951 jede Wiener Familie zu einer Wohnung kommt.

GR. Olah (SPÖ) führte gegen die Dringlichkeit dieses Antrages namens der Sozialistischen Fraktion aus, der Gemeinderat habe vor einem Jahre einen Antrag der Sozialistischen Fraktion zum Beschluss erhoben, der die Gemeindeverwaltung beauftragt, unter restloser Ausschöpfung des Material- und Arbeitsmarktes die Wiederherstellung und den Bau von Wohnungen in dem grösstmöglichen Ausmasse vorzunehmen. Wir wären die ersten, die auch diesem Antrag der Kommunistischen Fraktion zustimmen würden, wenn die Voraussetzungen dazu irgendwie gegeben wären. Wenn dies der Fall wäre, wären wir aber wahrscheinlich schon früher gekommen und hätten nicht bis heute gewartet. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

Vor Durchführung eines solchen Programmes sind drei Voraussetzungen zu klären: die Finanzierung, die Materialfrage und die Frage der Arbeitskräfte. (Lobhafte Zwischenrufe bei den Kommunisten. - Ruf: Die Mittel sind ja vorhanden!) Österreich schwimmt ja bekanntlich seit einigen Jahren in Geld, fragt sich nur, wo es hinkommt. (Heiterkeit.) Für den Neubau der Wohnungen werden Kosten in Höhe von 1 Milliarde veranschlagt. Es wird in dem Exposé auch gesagt, woher diese Milliarde genommen werden soll. 200 Millionen aus einem UNRRA-Fond, der für Österreich zur Verfügung steht. Die Frage ist nur, wieviel die Gemeinde Wien davon bekommt. Die Kommunistische Fraktion nimmt das vorweg und beansprucht davon 200 Millionen. 100 Millionen sollen als Gesamthypothek auf den Wiener Hausbesitz aufgenommen werden. Es steht allerdings in dem Exposé nichts darüber, wie dieser Betrag verzinst und rückgezahlt werden soll. (Erneute anhaltende Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Er soll also überhaupt nicht zurückgezahlt werden! (Schallende Heiterkeit. - Lebhaftige Gegenrufe der



Kommunisten.) Die Besteuerung der Kriegsgewinner muß wo anders geschehen.

GR. Olah unterzog sodann die Vorschläge des Exposés über die Finanzierung des Wohnbauprogramms einer eingehenden Betrachtung und stellte schließlich fest, daß eine solche Wohnung auf einen monatlichen Kapitalszins von 95 S kommt. Mit den Betriebskosten von 29,50 S käme eine solche Wohnung auf monatlich 124 S. (Lebhafte Zwischenrufe.) Ich weiß nicht, wer von den Wiener Familien in der Lage wäre, diesen Mietszins zu zahlen.

Dieses Problem hat aber auch noch eine andere Seite: die Materialfrage. 6000 Wohnungen sollen noch heuer gebaut werden. In Exposé sind pro Wohnung 17.300 Mauerziegel eingesetzt. Das gibt mindestens 102 Millionen Ziegel für den Bau der Gemeindefamilienwohnungen allein. Eine zusammenfassende Darstellung des Handelsministeriums spricht aber als Vorausschätzung der Ziegelproduktion für ganz Österreich im Jahre 1947 nur von rund 60 Millionen Ziegeln. Und für den Bau von 6000 Wohnungen in Wien würden allein 102 Millionen Ziegeln gebraucht. Dabei ist aber noch nicht gesagt, woher die Ziegel für die beschädigten Häuser genommen werden sollen. (Zwischenrufe bei den Kommunisten.) GR. Jirava (SPÖ): Ätzes haben wir genug, aber Ziegel haben wir keine! (Schallende Heiterkeit.)

Nun zur Frage der Arbeitskräfte. Wir haben seinerzeit bei den Bauten der Gemeinde Wien allein 35.000 Arbeiter beschäftigt. Woher nehmen wir aber heute diese Arbeitskräfte? (GR. Lauscher (KPÖ): Laut Statistik des Arbeitsamtes sind über 50.000 Bauarbeiter in Wien!) GR. Olah fortführend: Dieses Arbeitsamt ist nicht nur für das Baugewerbe, sondern umfaßt die Bau- und Holzarbeiter. Wenn Ihnen das noch nicht bekannt war, bitte, es nunmehr zur Kenntnis zu nehmen.

Wenn wir der Wiener Bevölkerung etwas versprechen, dann muß es auch gehalten werden! (Starker Beifall bei der SPÖ und der ÖVP.)

Wir können nicht einem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen, bei dem wir von Anfang an wissen, dass wir der Wiener Bevölkerung nur etwas vorerzählen, was wir niemals verwirklichen können. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.) Dazu geben wir uns nicht her! Was menschenmöglich ist, wird geschahen und geschieht. Sie werden mittlerweile selbst vernommen haben, wie wir in der vergangenen Zeit bereits eine grosse Anzahl von Wohnungen repariert haben. Bis zum Ende des Vorjahres wurden rund 8.600 Wohnungen wiederhergestellt. Rund 29.000 wurden gesichert, damit sie weiter bewohnbar bleiben. In den nächsten Tagen werden die Vorarbeiten für den Bau einer Siedlungsanlage für 1200 Siedler in Angriff genommen, deren Grundstein demnächst gelegt werden wird. (Starker Beifall.)

Es wird in diesem Hause kaum jemanden geben, der der Sozialistischen Fraktion, was den Wohnungsbau anlangt, etwas vormachen könnte. (Starker Beifall.) Alle in diesem Hause werden sich darüber einig sein, dass wir in dieser Hinsicht bisher durch gemeinsame Anstrengungen all das getan haben, was wir für die Wiener Bevölkerung tun konnten, und wir werden es weiter gemeinsam tun. Aber gegen eines müssen wir uns verwahren, dass nämlich der Wiener Bevölkerung durch derartige nicht ernste Projekte irgend etwas vorgemacht wird, an das selbst diese Fachleute, die das Projekt ausgearbeitet haben, niemals ernstlich glauben können. Die Dringlichkeit wird daher von unserer Fraktion abgelehnt. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Bei der Abstimmung stimmen nur die Gemeinderäte der Kommunistischen Fraktion für die dringliche Behandlung des Antrages, dem damit die Dringlichkeit nicht zuerkannt wurde. Der Antrag wird daher der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Im Einlauf der heutigen Sitzung befanden sich noch zwei Anfragen der GR. Ruthner, Hartmann und Tanzer (ÖVP) und der GR. Ing. Rieger und Dr. Freytag (ÖVP). Die erste Anfrage betrifft die Ausübung der Amtsgeschäfte eines der SPÖ angehörenden Bezirksrates in einem Parteihaus der SPÖ, die zweite die Beistellung von Podien für parteipolitische Veranstaltungen vor dem Rathaus durch die Rathausverwaltung. Beide Anfragen wurden schriftlich beantwortet. Schluss der öffentlichen Sitzung 17.30 Uhr.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung hielt der Gemeinderat eine vertrauliche Sitzung ab, in der u.a. die Ernennung des Komponisten Robert Stolz zum Bürger der Stadt Wien, die auf Grund eines Beschlusses des Stadtsenates vor einigen Wochen ausgesprochen wurde, vom Gemeinderat nachträglich zum Beschluss erhoben worden ist.

Ausgabe von Kabeljau  
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Gegen Anrechnung auf den Kaloriensatz der nächsten Woche erhalten alle Verbraucher über 3 Jahre 20 dkg Kabeljau auf Abschnitt 36 der neuen Lebensmittelkarte, Schwerarbeiter, Arbeiter und Angestellte außerdem 38 dkg auf Abschnitt 4 der neuen Zusatzkarte und werdende und stillende Mütter 30 dkg auf Abschnitt 4 der neuen Mutterkarte. Die Ausgabe auf die Lebensmittel- und Zusatzkarten erfolgt durch die Fischgeschäfte auf Grund der Registrierung der Fischkarte nach Kundennummern. Die Fischhändler werden die Nummern der zum Zuge kommenden Kunden von außen her sichtbar anschreiben.